Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Dr. Stefan Ebner

Abg. Florian Köhler

Abg. Tobias Beck

Abg. Benjamin Adjei

Abg. Florian von Brunn

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Staatssekretär Martin Schöffel

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Bayerischen Digitalgesetzes und des Gesetzes über die Bayerische Landesstiftung (Drs. 19/2591)

- Zweite Lesung -

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Dr. Stefan Ebner von der CSU-Fraktion. – Herr Dr. Ebner, bitte sehr.

Dr. Stefan Ebner (CSU): Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Bayern ist das Land der Sicherheit. Bayern ist dank unseres Innenministers Joachim Herrmann das Land der inneren Sicherheit; Bayern ist aber auch das Land der Cybersicherheit. Sie ist dank unseres Finanz- und Heimatministers Albert Füracker das zentrale Feld bei der modernen Gefahrenabwehr.

Wir kennen die aktuelle Bedrohungslage. Die geopolitischen Entwicklungen, der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, verschärfen die dynamische Bedrohungslage; aber auch unser Staat, unsere Wirtschaft, unsere Gesellschaft stehen vor großen Herausforderungen. Neben all diesen physischen Angriffen erleben wir mittlerweile eine ganz starke, intensive Cyberkriminalität und Cyberspionage. Zusätzlich hat sich eine neue Dimension des Hacktivismus entwickelt, also des Angriffs auf Behördennetze, auf Webseiten mit einer ideologischen, einer politischen Zielsetzung.

Meine Damen und Herren, im nächsten Jahr finden die Bundestagswahlen statt. Da müssen wir uns auf allerlei Schmutzeleien einstellen, vor allem aus Russland, aus China, von all denen, die die Feinde unserer freiheitlichen Gesellschaft, unseres Way of Life, unseres Wohlstands sind. Denen werden wir uns entgegenstellen. Bayern ist gerüstet, bereit und vorbereitet, meine Damen und Herren. Wir haben beste Organisa-

tionseinheiten für den Kampf gegen diese Bedrohungen. Wir sind bei der Polizei, beim Verfassungsschutz, bei der Justiz, bei den Datenschutzaufsichtsbehörden und, ganz entscheidend, beim Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, kurz LSI, bestens aufgestellt.

Dieses Amt gibt es seit 2017. Das ist die erste Landesbehörde dieser Art bei der Cybergefahrenabwehr. Sie arbeitet intensiv und erfolgreich mit Bund und Ländern zusammen. Sie beschäftigt mittlerweile 150 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, alles hervorragende IT-Experten, und bald werden es 200 sein. Das LSI schützt staatliche Behörden vor Cyberangriffen und unterstützt als Berater die Kommunen und Betreiber kritischer Infrastruktur. Man kann sagen: Auf dem Cyberschlachtfeld ist das LSI die Cyberarmee des Freistaats, meine Damen und Herren.

Im Übrigen gibt es viel zu tun. Das LSI analysiert im Sicherheitsmonitoring täglich 2,5 Milliarden Datensätze. Täglich werden 1,5 Millionen E-Mails mit Schadcodes gefiltert. Das LSI hat auch 94 % unserer bayerischen Kommunen bei der Abwehr von Cyberkriminalität unterstützt. Das ist wichtig; denn Bayern steht unter Dauerbeschuss. Im Jahr 2022 hat das LSI über 4.000 Angriffsversuche auf das bayerische Behördennetz registriert. 1.500 davon wären sehr schwerwiegend gewesen. Kein einziger dieser Angriffsversuche, null, zero, ist durchgekommen. Das LSI hat alles abgewehrt.

Worum geht es heute? – Das Europäische Parlament und der Europäische Rat haben Ende 2022 eine neue Richtlinie verabschiedet, die NIS-2-Richtlinie. Sie enthält Maßnahmen, die das Gesamtniveau der Cybersicherheit in der EU heben sollen. Sie gilt für private und für öffentliche Einrichtungen gleichermaßen. Sie betrifft also Unternehmen und Behörden. Betroffen sind vor allem Unternehmen der kritischen Infrastruktur. Sie sollen mit vorausschauenden Risikoanalysen und strengen Berichtspflichten einen größeren Beitrag zur Cybersicherheit in unserem Land leisten.

Diese NIS-2-Richtlinie folgt einer NIS-Richtlinie aus dem Jahr 2016. Damals herrschte noch eine andere Situation. Seinerzeit wurden in Deutschland 2.000 Unternehmen als

kritische Infrastruktur klassifiziert. Heute fallen 30.000 Unternehmen unter diese neue Regelung, weil die Gesamtsituation komplexer geworden ist. Heute werden Registrierungs-, Nachweis- und Meldepflichten eingeführt, um die Cybersicherheit zu gewährleisten. Die EU-Mitgliedstaaten sind bis zum 17. Oktober dieses Jahres verpflichtet, diese Maßnahmen umzusetzen. Vorrangig muss der Bund diese Richtlinie umsetzen.

Soweit die Richtlinie Behörden des Landes betrifft, müssen die Länder – also auch wir in Bayern – tätig werden und diese Richtlinie in Landesrecht umsetzen. Das bedeutet, genau wie jedes andere Bundesland müssen wir eine eigene Gesetzgebung vorlegen. Das Erfreuliche ist: Das LSI muss dafür in Bayern nicht bei null anfangen. In Bayern ist alles vorhanden. Dank dieser Vorarbeit genügt es in Bayern, das bestehende Digitalgesetz einfach zu ändern. Wir passen die bereits bestehenden Vorschriften zur IT-Sicherheit an. Bereits jetzt besteht eine hohe Übereinstimmung. Der Gesetzentwurf, der jetzt vorliegt, befasst sich besonders mit der Umsetzung für unsere bayerische Verwaltung.

Ein weiterer wichtiger Inhalt dieses Gesetzes ist die Verlängerung der Speicherfrist von Protokolldaten, die das LSI erhebt, von 12 auf 18 Monate. Das ist deswegen sinnvoll, weil dadurch nachträgliche Angriffe auf das Behördennetz besser erkannt werden können. Zudem wird dadurch eine Angleichung auf Bundesebene erreicht.

Wir machen uns, unabhängig von der Zeitschiene der Ampel, auf den Weg und setzen die NIS-2-Richtlinie in Landesrecht um. Die Ampel wird dagegen die vorgegebene Zeitschiene nicht erreichen. Das Bundesinnenministerium rechnet mit einem Inkrafttreten im Frühjahr 2025.

Bei der Umsetzung dieses Gesetzes stellt sich natürlich die Frage, wie es mit der Bürokratie aussieht. Im Sinne der Philosophie dieser Landesregierung sagen wir: keine zusätzliche Bürokratie. Deswegen setzen wir dieses Gesetz eins zu eins um. Wir wollen keine Bürokratie, keine zusätzliche Gängelung und keinen zusätzlichen Aufwand. Was tut die Ampel? – In den Fachmedien ist zu diesem Thema zu lesen, dass sich

andere Länder sehr eng am Text orientieren, nicht aber die Ampel. Dort gibt es eine zusätzliche und aufwendige Ausregulierung.

Apropos Ampel: Vor einer Woche hat der Bundesrechnungshof in seinem Bericht dargelegt, wie die Ampel bei der Umsetzung dieser NIS-2-Richtlinie vorankommt. In diesem Bericht, der an die Vorsitzenden des Haushaltsausschusses und des Innenausschusses des Deutschen Bundestags weitergegeben wurde, heißt es: Die Rechnungsprüfer sehen die Sicherheit in Deutschland gefährdet. – Laut dem Bundesrechnungshof läuft die Regierung sogar Gefahr, ihr Ziel, die Informations- und Cybersicherheit zu verbessern, zu verfehlen. Auch der Entwurf der Bundesinnenministerin Nancy Faeser bleibt nach Meinung des Bundesrechnungshofs in zentralen Punkten hinter den selbstgesteckten Zielen zurück. Ich zitiere:

"Wichtige Regelungen sollen nicht für die gesamte Bundesverwaltung in einheitlicher Weise verbindlich sein. Die Folge wäre ein ‚Flickenteppich‘, der die Informations- und Cybersicherheit aller Beteiligten gefährden kann."

Der Rechnungshof zeigt zahlreiche weitere Kritikpunkte auf. Meine Redezeit ist begrenzt, deshalb belasse ich es dabei. Das Scheitern ist auf den 44 Seiten des Berichtes dokumentiert. Liebe Ampel-Vertreter, ich muss schon sagen: Nicht einmal das kriegen Sie hin. Sie scheitern bei der Migration, Sie scheitern bei der Wirtschaft, Sie scheitern beim Bürgergeld, Sie scheitern bei der inneren Sicherheit, und Sie scheitern im Haushalt. Als Ampel scheitern Sie sogar daran, eine EU-Richtlinie in ein Bundesgesetz umzusetzen. Das ist ein Zeichen dafür: Sie können es nicht.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen ist es gut, dass Berlin von Bayern sehr weit weg ist. Gut, dass wir einen Finanzminister und einen Finanzstaatssekretär haben, die sich um die digitale Sicherheit in Bayern mit Weitsicht kümmern.

Nach der Ersten Lesung wurde dieses Gesetz in den Ausschüssen beraten. Der federführende Wirtschaftsausschuss hat bei Stimmenthaltung der AfD empfohlen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen. Der endberatende Verfassungsausschuss hat mit den Stimmen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD bei Stimmenthaltung der SPD dem Gesetzentwurf zugestimmt. Die kommunalen Spitzenverbände wurden ebenfalls angehört und haben innerhalb der Anhörungsfrist keine Stellungnahme abgegeben. Insofern können wir alle diesem Gesetz zustimmen.
– Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Dr. Ebner. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Köhler für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Florian Köhler (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Wir sind heute in der Zweiten Lesung zum Digitalgesetz. Die vorliegenden Änderungsanträge zum Bayerischen Digitalgesetz enthalten im Wesentlichen redaktionelle Änderungen, die für Rechtsklarheit sorgen sollen. Diese Änderungen kann man beschließen, aber man müsste das nicht tun. Ein Punkt, den ich bereits in der Ersten Lesung und dann im Ausschuss angesprochen habe, wird aber leider nicht angefasst, nämlich das dreistufige Meldeverfahren. Einerseits will die Staatsregierung Bürokratie abschaffen, aber auf der anderen Seite führt sie neue Meldeverfahren mit Berichtspflichten ein. Genau das führt zu mehr Verwaltungsaufwand, ohne dass klare Mehrwerte entstehen. Auch bei diesem Gesetz gilt: Wir machen diesen Spuk nur mit, weil uns Brüssel mit einer EU-Richtlinie knebelt und wir dazu verpflichtet sind. Meistens tritt eben genau das ein, was man aus Brüssel gewohnt ist: Man produziert viel Papier und verwaltet sich selbst, ohne viel Mehrwert.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Darauf, was auf unsere Unternehmen zukommt, möchte ich eigentlich gar nicht eingehen, aber ich muss es trotzdem, weil der Bund da zuständig ist, was Bürger und Unternehmen angeht. Aber Sie sind eher mit sich selbst beschäftigt. Das ist aber vielleicht auch nicht ganz verkehrt. Dann kommt die Ampel wenigstens nicht auf noch dümmere Ideen, als sie eh schon tagtäglich hat.

Herr Ebner, das stimmt nicht so ganz. Nicht nur die Ampel zerfleddert EU-Richtlinien, die in ihrem Wesen manchmal gar nicht so schlecht sind. Das muss ich in aller Ehrlichkeit sagen. Auch unter CSU-Beteiligung an Bundesregierungen haben es zum Beispiel im Verkehrssektor tatsächlich bessere Richtlinien nicht so in die Umsetzung geschafft, sondern die Bundesregierung hat alles zerfleddert und zerstückelt. Am Ende haben wir jetzt den Salat. Sie lesen ja sicherlich Zeitung. VW macht zu, und andere machen zu wegen der ganzen Grenzwerte. Aber das nur am Rande.

Die noch nicht verabschiedeten Rahmenbedingungen auf Bundesebene, die eben angesprochen worden sind, könnten also zu weiteren notwendigen Anpassungen führen. Wir werden uns hier enthalten. Wir sehen aber, dass die Regierung dieses heiße Eisen mit dem Meldeverfahren nicht anfassen will.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist der Kollege Tobias Beck für die FREIEN WÄHLER

Tobias Beck (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucher auf der Besuchertribüne! Auch in der Zweiten Lesung zu diesem Gesetz möchte ich von Anfang an betonen, dass es um die Sicherheit von Informationstechnik und kritischer Infrastruktur geht. Deshalb kann und darf es keine Diskussion darüber geben, ob eine Unterstützung erfolgen muss oder nicht, sondern es geht weiterhin lediglich um das Wie.

Die weltweite Entwicklung der Bedrohungslage macht die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit zwischen dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik – BSI – und dem Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik – LSI – umso dringlicher. Wir sind mit immer raffinierteren und gezielteren Angriffen auf unsere digitalen Systeme konfrontiert. Cyberangriffe, die hochspezialisiert sind, haben das Potenzial, immense Schäden anzurichten und die ganze Gesellschaft vorübergehend lahmzulegen. Ob es sich dabei um Regierungsbehörden, Unternehmen oder sogar Privatpersonen handelt – niemand ist vor den Auswirkungen solcher Angriffe sicher. Wir sehen uns einer unsichtbaren Bedrohung gegenüber, die nicht nur schwer zu erkennen, sondern oftmals auch schwierig zu bekämpfen ist. Deshalb muss jetzt gehandelt werden.

Die zweite EU-Richtlinie zur Netzwerk- und Informationssicherheit – NIS-2 – muss bis 17. Oktober 2024 in nationales Recht umgesetzt werden. Dabei geht es um definierte Maßnahmen zur Gewährleistung eines hohen Sicherheitsniveaus von Netz- und Informationssystemen in der EU und um den Ausbau nationaler Kapazitäten für die Cybersicherheit. Ebenso geht es um die Meldepflicht für kritische Infrastruktur. Durch die NIS 2 sollen die Befugnisse des BSI weiter gestärkt werden und die Zusammenarbeit beim Thema IT-Sicherheit in Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft ausgebaut werden.

Das Gesetz müsste eigentlich am 17. Oktober 2024, wie ich zuvor schon erwähnt habe, in nationales Recht umgesetzt werden. Aktuell ist es aber nicht absehbar, dass die Bundesregierung die von der EU gesetzten Umsetzungsfristen einhalten wird und einhalten kann. Vonseiten des Bundes wird sogar um Verständnis gebeten, dass keine Auskunft erteilt werden kann. Der Kollege Ebner hat das Frühjahr 2025 genannt.

Ich möchte hier aber kein Ampel-Bashing betreiben, sondern nur sagen, dass die Opposition in Bayern immer fordert, sich auf bayerische Themen zu konzentrieren. Wir haben wieder mal gezeigt, dass genau das bei uns funktioniert. Wie selbstverständlich werden wir unsere Aufgaben termingerecht erledigen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das Bayerische Digitalgesetz ist nicht nur ein Gesetzestext, sondern auch ein Schlüssel zur digitalen Transformation. Es soll Innovation fördern, Bürokratie abbauen und den Menschen die Chancen und Herausforderungen der digitalen Welt näherbringen. Unser Bayerisches Staatsministerium für Digitales ist deshalb auch federführend an den Ausarbeitungen beteiligt gewesen.

Ein weiterer Punkt im Gesetzentwurf betrifft das Gesetz über die Bayerische Landesstiftung. Hier möchten wir der Digitalisierung mit den getroffenen Maßnahmen mehr Anschub verleihen. Dieses Thema liegt klar beim Finanz- und Heimatminister Albert Füracker, der das Gesetz in Erster Lesung vorgestellt hat.

Wie Herr Adjei zuvor erwähnt hat: Der Digitalminister ist nicht da. Aber das liegt daran, dass es bei uns kein großes Hickhack um Zuständigkeiten gibt wie anderswo. Darauf möchte ich ausdrücklich hinweisen. Die Bayerische Staatsregierung ist auf allen Ebenen handlungsfähig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir haben die Möglichkeit, Bayern zu einem Vorreiter in Sachen Digitalisierung zu machen und unseren Bürgerinnen und Bürgern eine moderne und zukunftsorientierte und vor allen Dingen sichere Infrastruktur zu bieten. Wir dürfen dabei nicht vergessen, dass mit der Digitalisierung auch Verantwortung und ethische Fragen einhergehen. Datenschutz, IT-Sicherheit und der Schutz der Privatsphäre müssen auch in der digitalen Welt gewahrt bleiben.

Uns liegt daran, dass die Chancen der Digitalisierung genutzt und gleichzeitig die Risiken minimiert werden. Wir wollen als Freistaat Bayern die Unternehmen mit den Problemen, die sie in den betroffenen Bereichen wie der Energieversorgung, dem Gesundheitswesen, Verkehr und Transporten sowie den digitalen Infrastrukturen haben,

nicht alleine lassen. Wir müssen doch ein großes Interesse daran haben, unsere kritische Infrastruktur und Unternehmen vor Cyberangriffen zu schützen.

Insgesamt wird die NIS-2-Richtlinie in Bayern sowohl von staatlicher Seite als auch von privaten Akteuren als Anstoß gesehen, die Cyberresilienz zu verbessern und sicherzustellen, dass die bayerische Wirtschaft und Verwaltung vor wachsenden Bedrohungen im digitalen Raum bestmöglich geschützt wird. Deshalb bitten wir auch hier um Zustimmung. Der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung hat dem Gesetz bereits mehrheitlich zugestimmt. Ich bitte Sie, auch hier zuzustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Beck. – Nächster Redner ist Herr Kollege Benjamin Adjei für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe gerade, als ich hergekommen bin, dem Digitalminister die Klinke in die Hand gegeben. Er geht, ich komme. Da merkt man, dass das Thema Digitalisierung hier im Plenum wieder auf der Tagesordnung steht, weil auch dieses Mal nicht das Digitalministerium, sondern das Finanzministerium federführend zuständig ist.

Egal, wie bei Ihnen in der Koalition das Kompetenzwirrwarr fortschreitet – gleichzeitig schreitet auch die Digitalisierung im Freistaat massiv voran. In der Wirtschaft, der Gesellschaft und der Verwaltung geschieht einiges. Wir werden immer digitaler, unabhängig davon, ob wir uns proaktiv dafür einsetzen oder ob man wie manche weiterhin versucht, das zu verhindern. Die Digitalisierung lässt sich nicht verhindern, sondern wir müssen sie jetzt begleiten und die notwendigen Rahmenbedingungen aufbauen, um insbesondere unseren Staat resilient zu gestalten und den Herausforderungen, die die Digitalisierung mit sich bringt, entsprechend zu begegnen. Da geht es um den Schutz von Bürgerinnen und Bürgern, um den Schutz unserer Unternehmen und natürlich den Schutz unserer Demokratie und unseres Staates.

Das ist gerade schon ausgeführt worden: Die Angriffe auf Unternehmen, aber auch auf Kommunen, auf die Verwaltung, nehmen massiv zu. Die Zunahme basiert dabei nicht vor allem auf inländischen, sondern vor allem auf ausländischen Akteuren, vor allem China und Russland. Das ist schon erwähnt worden. Mich wundert übrigens nicht, dass die AfD da kein Interesse daran hat. Als Putin-Unterstützer wollen Sie natürlich, dass die russischen Angriffe auf Deutschland stärker werden.

(Martin Huber (AfD): So ein Schmarrn! Jetzt hör auf! Was soll das?)

Umso wichtiger ist es, dass wir in Europa genau hier das Thema Cyber Security vorantreiben und uns um eine europäische einheitliche, harmonisierte Lösung kümmern. Und da ist die NIS-2-Richtlinie der EU genau der richtige Weg, um gleiche Rahmenbedingungen zu setzen, einen hohen Schutzstandard zu fordern und dann natürlich die entsprechende Infrastruktur zu schaffen und auszubauen. Bayern setzt jetzt das um, was umzusetzen ist. Leider nicht mehr. Es wäre noch mehr möglich. Man kann schon zusammenfassend sagen, dass Bayern relativ weit ist. Das ist gerade schon gesagt worden, und ich bin jemand, der das lobt, was gut läuft, und ja, in Bayern läuft es gut, beispielsweise mit dem LSI. Es ist, wie erwähnt, das erste Landesamt seiner Art in Deutschland und treibt mit dem Bayern-CERT sehr erfolgreich die Stärkung der IT-Sicherheit in Bayern voran.

Vorgestern haben wir im Cyber-Sicherheitsbericht des Innenministers erfahren, dass diese Einrichtung gut funktioniert und dass sie das bayerische Behördennetz und die bayerischen Behörden sehr gut schützt. Es ist entsprechend richtig, das LSI fortzuführen und auszubauen. Wo aber Sonne ist, ist auch Schatten. Auf das bayerische Behördennetz sind im letzten Jahr 5.200 Angriffe ausgeführt worden. Diese waren alle erfolglos. Es war eine gute Arbeit des LSI. Das Problem ist, dass das Behördennetz nicht alle Behörden und nicht alle Kommunen umfasst. Insbesondere die bayerischen Kommunen sind das Ziel starker Angriffe. Wir haben im letzten Jahr deutschlandweit 27 Kommunen gehabt, auf die erfolgreiche Angriffe ausgeführt worden sind. Sechs Millionen Bürgerinnen und Bürger sind davon betroffen gewesen. Das muss man sich

wirklich einmal überlegen: Das ist jetzt nur der Anfang, das wird noch massiv vorangehen. Umso schlimmer ist es, dass Sie ausgerechnet den Handlungsspielraum, den Sie bei der Umsetzung hatten, nicht ausnutzen, und sagen, Sie wollen die Kommunen eben nicht in diese strukturellen Umbauten einbeziehen. Sie wollen keinen verpflichtenden Schutz für die Kommunen sicherstellen. Das ist fahrlässig; denn die Kommunen sind am Ende das Rückgrat unserer Staatsverwaltung.

Wir merken das immer wieder: Ich komme aus dem Landkreis Miesbach. Das Krankenhaus Agatharied, das vor wenigen Monaten wochenlang offline war und nicht richtig arbeiten konnte, musste analog arbeiten, weil es Opfer eines Cyberangriffs wurde. Das wird in Zukunft zunehmen. Umso wichtiger ist es, die Kommunen bei dieser wichtigen Herausforderung zu unterstützen. Entsprechend wünsche ich mir, oder ich hoffe, dass Sie das nachbessern und bei zukünftigen Änderungen die Kommunen mit in das IT-Sicherheitssystem des Freistaats Bayern einbauen. Ansonsten werden wir in Zukunft bei den Kommunen riesige Probleme bei der IT-Sicherheit haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Adjei. – Nächster Redner ist Herr Kollege Florian von Brunn für die SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Damen und Herren, es ist richtig und wichtig, dass Bayern die NIS-2-Richtlinie umsetzt. Wir haben im letzten Jahr ungefähr 200 bis 300 Milliarden Euro an Schäden durch Cyberangriffe und Hackerangriffe gehabt. Für die öffentliche Hand wurden die Schäden auch auf mehrere Milliarden Euro geschätzt. Deswegen ist es so wichtig, dass man in Europa auf Bundes-, aber auch auf Länderebene einheitlich dafür sorgt, dass es Regelungen gibt, dass man solche Angriffe auch protokolliert, dass man aufklärt, woher sie kommen, zum Beispiel aus Russland – von dort kommt auch im Übrigen Desinformation –, und dass man dagegen etwas unternimmt, also die öffentliche Verwaltung stärkt und schützt.

Deswegen werden wir dem Gesetzentwurf zustimmen, wobei wir kritisch anmerken, dass man die Kommunen, die Städte und Gemeinden in Bayern, die für 80 % der Verwaltungsdienstleistungen zuständig sind, stärker unterstützen muss. Wir haben es in vielen Fällen in Bayern schon erlebt, egal ob es im Regierungsbezirk Schwaben, in Oberbayern oder Mittelfranken war, dass Krankenhäuser, Schulen und die öffentliche Verwaltung von solchen Hackerangriffen und einem Verlust von Daten betroffen waren. Es sind Daten von Bürgerinnen und Bürgern, von Patientinnen und Patienten an irgendwelche Kriminelle abgeflossen. Dazu kommt natürlich auch, dass es zum Teil nicht mehr möglich war, wichtige Verwaltungsdienstleistungen zu erbringen. Die Verwaltung hat nicht mehr funktioniert, zum Beispiel die Friedhofsverwaltung oder die Beantragung von Reisepässen. All das muss man verhindern.

Vielleicht darf ich an dieser Stelle noch etwas sagen, weil Herr Ebner soeben sehr breitbeinig aufgetreten ist. Es gibt schon Defizite im kommunalen Bereich in Bayern. Wenn Sie mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern reden, dann sagen diese: Wir haben immer mehr Aufgaben, auch in der IT-Sicherheit, aber wir bekommen dafür nicht die entsprechenden Mittel. Wir haben auch große Probleme, Fachkräfte zu finden. Das, was das LSI, das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, selbst auf seiner Webseite schreibt, ist, dass zwar die Kreisverwaltungsbehörden, zum Beispiel die Landratsämter, sich an das bayerische Behördennetz anschließen lassen und Subnetze bilden können, nämlich kommunale Behördennetze. Daran können sich die eigenen Gemeinden beteiligen, was bei Weitem aber nicht alle Städte und Gemeinden machen. Das heißt: Wir haben Städte und Gemeinden, die durch dieses bayerische Behördennetz nicht geschützt sind. Da stellt sich mir die Frage: Was tut man dafür, dass diese auch unter den Schutzschirm kommen?

Es gibt also noch einige Aufgaben, die wir anpacken sollten. Nichtsdestoweniger stimmen wir zu. Wir halten es für den richtigen Weg. Der Check, ob wir bei der IT-Sicherheit in Bayern wirklich gut aufgestellt sind, findet in der Praxis statt. Wir werden in den nächsten Monaten beobachten, wie es in Bayern weitergeht: ob Kommunen, ob Kran-

kenhäuser, ob Schulen Opfer von Cyberattacken werden, oder ob es erfolgreich verhindert werden kann. Das ist der Lackmustest für den Erfolg Ihrer Sicherheitspolitik in diesem Bereich.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Prof. Hahn von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr von Brunn von der SPD, Sie haben sich gerade beschwert, dass der Kollege Ebner hier sehr breitbeinig auftritt. Das machen Sie jetzt vielleicht nicht mehr.

(Heiterkeit bei der AfD)

In der Vergangenheit war es ja so, dass Sie für Ihre Äußerungen, nicht nur gegenüber der AfD, Ordnungsrufe erhalten haben. Meine Frage ist jetzt, ob Sie die Ehre dieses Hohen Hauses noch wertschätzen. Sie treten hier ans Podium, begrüßen die Damen und Herren, aber nicht den Vizepräsidenten. Ist das der neue Stil von Ihnen, oder ist Ihnen das Hohe Haus nicht mehr wertvoll genug?

Florian von Brunn (SPD): Also Herr Hahn, Ihre Frage hat überhaupt nichts mit der Sache zu tun. Trotzdem möchte ich Sie beantworten. Ich habe den Herrn Rinderspacher heute schon persönlich begrüßt, und ich glaube, die einzige Fraktion, die hier nicht über Anstand und Stil in diesem Haus reden muss, das ist die AfD, die sich wirklich in diesem Landtag schon so aufgeführt hat, dass man als normaler Parlamentarier nur noch verwundert die Schultern zucken kann. Wenn man gerade sieht, was im Landtag in Thüringen geschieht, mit Nazi-Sprüchen, mit der Blockade der Parlamentsarbeit durch Ihre AfD-Genossen dort, dann muss ich ganz ehrlich sagen: Sie sind eine Schande für unsere Demokratie und nichts anderes.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für die Staatsregierung hat Herr Staatssekretär Martin Schöffel das Wort.

Staatssekretär Martin Schöffel (Finanzen und Heimat): Sehr geehrter Herr Vizepräsident,

(Heiterkeit bei der AfD)

liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann nur an das anschließen, was der Kollege Stefan Ebner schon ausgeführt hat. Bayern ist das Land der Sicherheit. Datensicherheit wird großgeschrieben, und das Finanzministerium ist übrigens auch das Ministerium für IT-Sicherheit.

Ich danke für das ganze Lob, welches das LSI erhalten hat. Uns ist das wirklich wichtig, denn umgekehrt sind wir als bayerische Finanzverwaltung auch verantwortlich für das deutschlandweit erfolgreichste E-Government-Programm. Das ist unser ELSTER, das wir im Konsensverbund in Bayern programmieren und allen anderen Bundesländern zur Verfügung stellen. Wir haben in diesem Bereich bereits rund 22 Millionen Nutzer in Deutschland. Diese haben im vergangenen Jahr über ihre Nutzeradressen über 60 Millionen Steuererklärungen eingereicht. Das ist uns auch sehr wichtig, dass wir für den Steuerpflichtigen mit ELSTER ein einfacheres Angebot machen.

Da wird auch noch viel kommen an einfacherer Programmierung. Umgekehrt entlasten wir auch unsere Mitarbeiter in den Finanzämtern. Es ist ein Riesenunterschied, ob die Daten online vorliegen und der Finanzbeamte selbst entscheiden kann, welche Belege er einsehen und anklicken will, oder ob alles Mögliche in Papierform ankommt. Deswegen ist IT-Sicherheit für uns sehr wichtig, weil wir die Nutzung entsprechend ausweiten wollen.

Über das heutige Thema, die NIS-2-Richtlinie der Europäischen Union, die das gemeinsame Cybersicherheitsniveau in der EU entsprechend heben soll, ist bereits viel

gesprächen worden. Sie betrifft überwiegend Unternehmen, rund 30.000 Unternehmen der kritischen Infrastruktur, und muss vorrangig vom Bund umgesetzt werden. Das wurde bereits gesagt. Ich möchte noch einmal betonen: Der Gesetzentwurf der Staatsregierung ergänzt das, was in der Hoheit des Landesgesetzgebers liegt. Wir setzen die Richtlinie eins zu eins um. Wir weiten die Regelung auf wichtige Behörden aus, die von der neuen Richtlinie betroffen und angesprochen sind. Es findet kein Gold-Plating statt. Wir machen keine erhebliche Bürokratie aus der ganzen Geschichte, aber es geht natürlich immer auch darum, zu sensibilisieren und zur Vorsicht aufzurufen; denn IT-Sicherheit ist wie gesagt ein sehr, sehr wichtiges Thema.

Bayern nimmt das ernst. Wir haben in Bayern unsere Hausaufgaben ohnehin erledigt. Das wurde bereits angesprochen. Mit dem LSI haben wir eine Einheit gegründet, die deutschlandweit einmalig ist. Am 01.12.2017 hat der damalige Finanzminister Markus Söder das LSI weitblickend, kann man sagen, auf den Weg gebracht; denn die Problematik hat ja noch einmal deutlich zugenommen. Vorhin sind schon Zahlen genannt worden, was heute auch an Spam in unseren Netzen ankommt. Täglich müssen über 2 Milliarden Datensätze analysiert werden. Wir erhalten im Jahr – auch eine interessante Zahl – 470 Millionen E-Mails im öffentlichen Netz. Davon werden 340 Millionen E-Mails maschinell sofort geblockt und können die Sicherheitssperre nicht durchdringen. Dies zeigt, wie vorsichtig ein solches Netz ist. Vorhin wurde schon angesprochen, dass über 3.000 Cyberangriffe, die irgendwo im Netz angekommen sind, verhindert wurden, sodass kein Schaden entstanden ist, und dass wir, egal von welcher Seite die Angriffe erfolgen, zum Glück auch entsprechenden Schaden im staatlichen Netz verhindern konnten.

Die Ausweitung des LSI ist ein wichtiger Punkt. Derzeit arbeiten dort 150 Spezialistinnen und Spezialisten. Das Ziel ist 200. Jetzt geht es also um die IT-Sicherheit im gesamten Staatsapparat, auch in den Kommunen. Natürlich sind nach dem Digitalgesetz auch die Kommunen bereits jetzt umfasst und zur IT-Sicherheit verpflichtet. Dies ist der Inhalt des Gesetzes. Am Ende geht es aber vor allem darum, sie bei der Datensicherheit

cherheit zu unterstützen. Dafür steht das LSI zur Verfügung. Auch die bayerischen Kommunen arbeiten mehr und mehr digital. Die IT-Sicherheit muss dort mehr in den Fokus rücken. Durch die neue Richtlinie erhält das Thema noch einmal mehr Aufmerksamkeit.

Bayern unterstützt die Kommunen beim Thema IT-Sicherheit, und es war von Anfang an auch Bestandteil der LSI-Idee, die Kommunen bei diesem Thema zu unterstützen, und zwar kostenlos. Wir verleihen beispielsweise das Siegel "Kommunale IT-Sicherheit", wenn eine entsprechende Zusammenarbeit stattgefunden hat, und führen individuelle Beratung zu allen Fragen rund um die IT-Sicherheit durch. Es werden Arbeitshilfen und Schulungsveranstaltungen angeboten. Auch gibt es einen Warn- und Informationsdienst, der sich insbesondere an die Kommunen richtet, und natürlich unterstützt das LSI die Kommunen vor allem im Angriffsfall durch versierte Experten. Für alle ist es sehr interessant, jederzeit einmal das Einsatz- und Lagezentrum im LSI in Nürnberg zu besichtigen. Es ist sehr spannend, wie dort dann live nachvollzogen werden kann, wo möglicherweise Schadsoftware eingedrungen ist oder Probleme bestehen und wie dort dann auch schnell zugegriffen und geholfen werden kann.

Mit der Zukunftskommission "#Digitales Bayern 5.0", die ja von unserem Finanzminister Albert Füracker geführt wird, wird gerade an einer zukunftsfähigen Ausrichtung der kommunalen Digitalisierung gearbeitet. Dabei ist auch die IT-Sicherheit von zentraler Bedeutung. Unser Ziel ist es, die bayerischen Kommunen bestmöglich auf Cybervorfälle vorzubereiten und ihnen zur Seite zu stehen. Insbesondere geht es dabei um kommunale Unternehmen wie Krankenhäuser, Wasserversorgungen und vieles andere mehr. Trotzdem haben wir hier eine schlanke und bürokratiearme Regelung gewählt, die auch in der Gesetzgebungskompetenz des Bayerischen Landtags liegt und sehr gut zu unserem Credo passt. Ich danke dem Landtag für die zügige Beratung. Da in den Ausschüssen eine zügige Beratung stattfand, kann unsere Gesetzesänderung jetzt auch schnell in Kraft treten, damit wir bei diesem Thema gut vorankommen.

Die Entscheidung, das LSI zu gründen, war zukunftsweisend. Mit der fristgerechten Umsetzung der NIS-2-Richtlinie wird der Freistaat Bayern seiner Vorreiterrolle in Fragen der IT-Sicherheit erneut gerecht. Ich darf Sie auch um die Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf bitten. Wir stellen dadurch Konformität mit dem Europarecht sicher. Wir eröffnen damit auch noch ein paar andere zukunftsfähige Möglichkeiten wie zum Beispiel Sitzungen per Videokonferenz bei der Bayerischen Landesstiftung und Ähnliches mehr und schaffen überflüssige Sonderregelungen in diesem Bereich ab. Bayern wird auch zukünftig das Thema IT-Sicherheit mit aller Kraft verfolgen und die besten Experten zusammenziehen, um das staatliche Netz, aber auch die Netze von Kommunen und kritischer Infrastruktur weiterhin zu schützen. Ich denke, auch der Bund und andere Länder können sich daran ein Beispiel nehmen. Wir sehen das auch an vielen Informationsbesuchen im LSI. Klar ist auch, wir müssen hier immer auf der Höhe der Zeit bleiben; denn wir müssen immer etwas besser und schneller sein als die, die uns angreifen wollen.

In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatssekretär Schöffel. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Gesetzentwurf der Staatsregierung auf Drucksache 19/2591 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung auf Drucksache 19/2966. Der federführende Ausschuss empfiehlt Zustimmung zum Gesetzentwurf. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe, dass mehrere Änderungen vorgenommen werden. Im Einzelnen verweise ich hierzu auf Drucksache 19/2966.

Wer dem Gesetzentwurf mit den empfohlenen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen! – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen! – Bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion. Damit ist das Gesetz so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in der soeben beschlossenen Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – CSU, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Danke sehr. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen! – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen! – Damit ist das Gesetz bei Stimmenthaltung der AfD angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Digitalgesetzes und des Gesetzes über die Bayerische Landesstiftung".

Ich gebe nun die Ergebnisse der vorher durchgeführten Wahlen eines Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags sowie einer Schriftführerin bekannt und komme zunächst zur Wahl eines Vizepräsidenten – Tagesordnungspunkt 5: Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 158 Abgeordnete teilgenommen. Es gab keine ungültigen Stimmen. Auf Herrn Abgeordneten Markus Walbrunn entfielen 26 Ja-Stimmen und 131 Nein-Stimmen. Es gab 1 Enthaltung. Damit hat Herr Abgeordneter Markus Walbrunn nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht. Nun gebe ich das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl einer Schriftführerin des Bayerischen Landtags, Tagesordnungspunkt 6, bekannt. Auch hier ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 157 Abgeordnete teilgenommen. Es gab keine ungültigen Stimmen. Auf Frau Abgeordnete Roon entfielen 25 Ja-Stimmen und 130 Nein-Stimmen.

men. Der Stimme enthalten haben sich 2 Abgeordnete. Damit hat Frau Abgeordnete Roon nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht.